

Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen: Aussagen der Parteien zur Familienpolitik



Am 14. Mai 2017 finden die Landtagswahlen im größten Flächenland der Bundesrepublik Nordrhein-Westfalen statt. In dieser Übersicht finden Sie zentrale Aussagen der Parteien zur Familienpolitik. Es wurden die Wahlprogramme aller Parteien in NRW ausgewertet, denen von den Umfrageinstitutionen eine realistische Chance eingeräumt wird, in den Landtag einzuziehen. Das sind SPD, CDU, FDP, AfD, Grüne und die Linke.

SPD: „Der Familienbegriff der SPD ist vielfältig wie die Gesellschaft“

Für die SPD ist Familie „eine Basis für unsere Gesellschaft“. Der Familienbegriff der SPD sei vielfältig wie die Gesellschaft. Die SPD will die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare möglich machen und plädiert für gleiche Rechte der „Regenbogenfamilien.“ Die SPD will Eltern die Möglichkeit eröffnen „Familien und Erwerbsarbeit partnerschaftlich miteinander zu vereinbaren.“ Der Schlüssel dazu sei eine qualitativ hochwertige kostenfreie Kita. Die SPD kritisiert das Ehegattensplitting und

will auch Alleinerziehende und unverheiratete Paare steuerlich besser stellen. Die SPD verspricht eine „flexible Familienarbeitszeit.“ Dazu gehören auch flexible Arbeitszeitkonten. Mit einer Familienkarte soll der Besuch von Freizeiteinrichtungen zu einem ermäßigten Eintritt ermöglicht werden.

CDU: „Jungen Familien den Traum vom eigenen Heim verwirklichen“

Die CDU in NRW sieht in der „grundgesetzlich geschützten Ehe zwischen Mann und Frau die verlässlichste Grundlage für das Gelingen von Familie.“ Sie betont, dass sie die häufigste Form des gemeinschaftlichen Zusammenlebens von Erwachsenen und Kindern in unserer Gesellschaft verkörpert und die Ehe im Hinblick auf die Familiengründung das Leitbild bleibe. Ehe und Familie müssten weiter in „besonderer Weise“ geschützt werden. Die Rahmenbedingungen für die Gründung einer Familie sollen verbessert werden. Die CDU will jungen Familien den „Traum vom eigenen Heim“ ermöglichen. Deshalb will die CDU die Erhöhung der Grunderwerbssteuer zurücknehmen und setzt sich für die Einführung eines Baukindergeldes ein.

FDP: „Eine Verantwortungsgemeinschaft, für Erwachsene ohne Liebesbeziehung“

Für die FDP bilden Familien das „Fundament unserer Gesellschaft.“ Sie stellt heraus, dass für sie dazu auch Alleinerziehende, Patchwork-Familien und gleichgeschlechtliche Paare gehören. Die FDP will ein neues Rechtsinstitut für Menschen ohne Liebesbeziehung einführen, die eingetragene „Verantwortungsgemeinschaft“, für Menschen, die das Leben gemeinsam meistern wollen. Die FDP will die Ehe für „homosexuelle Paare öffnen und diese in vollem Umfang gleichzustellen.“ Im Trennungsfall sollen Kinder das Recht erhalten, mit beiden Elternteilen zu leben. Jugendliche ab 16 Jahren sollen selbst Anspruchsberechtigte des Kindergeldes sein, soweit sie einen eigenen Haushalt führen. Im Ausland geschlossene Ehen zwischen Minderjährigen sollen nicht anerkannt werden. Der Zugang von Frauen mit unerfülltem Kinderwunsch zur Reproduktionsmedizin soll erleichtert werden. Die Rahmenbedingungen für freiberuflich tätige Hebammen sollen verbessert werden.

AfD: „Staatliche Fremdbetreuung darf nicht einseitig gefördert werden.“

Für die AfD ist die Familie die Keimzelle und die Basis der Gesellschaft. Sie betont die Wahlfreiheit bei der Betreuung von Kleinkindern. Die staatliche Fremdbetreuung dürfe gegenüber der Selbstbetreuung in der Familie nicht einseitig staatlich gefördert werden. Die AfD setzt sich für die Einführung eines Erziehungsgebhalts bis zum dritten Lebensjahr ein. Sie kritisiert den „ideologischen Genderismus“ dafür, dass dieser die Unterschiede zwischen Männern und Frauen nivellieren will. Zur Lösung des demographischen Problems soll die Steigerung der Geburtenrate in den Mittelpunkt der Politik gestellt werden. Deshalb soll ein Familiensplitting im Steuerrecht eingeführt und Mütter bei der gesetzlichen Rente besser gestellt werden. Eine „Geschlechterquote“ lehnt die AfD ab.

Grüne: „Eine Landeskoordinationsstelle für Regenbogenfamilien einführen“

Die Grünen „erkennen Familien in ihrer Vielfalt an.“ Familie ist für die Grünen überall dort, „wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen.“ Die Grünen wollen ein neues Kitagesetz mit dem Ziel kleinerer Grup-

pen, die Öffnungszeiten der Kitas sollen sich am Bedarf der Eltern orientieren. Die Vereinbarkeit von Familien und Beruf soll durch „Zeitpolitik“ verbessert werden und bessere Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen geschaffen werden. Die Grünen wollen eine Landeskoordinationsstelle für Regenbogenfamilien einführen, die auch für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender zuständig sein soll. Diese soll die Behörden und Familienberatungsstellen weiterbilden.

Linke: „Beratungsgebote für Erziehungsberechtigte intersexueller Kinder“

Die Linke spricht sich gegen die Dominanz der Erwerbsarbeitszeit aus, um mehr Zeit mit „Freund*innen, Familie oder den Nachbar*innen“ zu verbringen. Sie will Wiedereinstiegsprogramme in den Beruf für Alleinerziehende anbieten, Kitas gebührenfrei stellen und die Kitafinanzierung aufstocken. Teilzeitausbildung soll mit Kinderbetreuung verbunden werden. Außerdem soll die Finanzierung der Elternzentren sichergestellt werden. Die Linke fordert, „ausreichende und unabhängige Beratungsangebote für Erziehungsberechtigte intersexueller Kinder, um verfrühte operative Eingriffe bzw. hormonel-

le Medikationen und damit einhergehende Traumatisierungen zu verhindern.“ Sie will den Bildungsplan für sexuelle Vielfalt in NRW und das Projekt „Schule ohne Homophobie“ ausbauen.

Fazit

Bis außer der Partei Die Linke widmen sich die anderen Parteien sehr ausführlich der Familienpolitik. Die Linke behandelt diese unter anderen Kapiteln. Die SPD und die Grünen setzen vor allem auf flexible Arbeitszeiten und den Ausbau der Kitabetreuung. SPD, Grüne und Linke betonen die Gleichstellung von Ehe und homosexuellen Partnerschaften. Die FPD will für Erwachsene ohne Liebesbeziehung das Rechtsinstitut der „Verantwortungsgemeinschaft“ schaffen und nimmt darüber hinaus zu einer Reihe von Einzelfragen wie der Reproduktionsmedizin und dem Sorgerecht Stellung. Die CDU in Nordrhein-Westfalen betont anders als im Saarland oder in Schleswig-Holstein die Bedeutung der traditionellen Ehe und Familien und sieht das Thema Familie als „Querschnittsaufgabe“, die alle Politikbereiche betrifft. Die AfD betont die Bedeutung einer steigenden Geburtenrate und die Vorteile der Selbstbetreuung innerhalb der Familien.